Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 50

Artikel: Der osteuropäische Protestantismus

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076483

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der osteuropäische Protestantismus

Der osteuropäische Protestantismus hatte in der Vergangenheit mit Katholizismus und Orthodoxie zu kämpfen. Heute steht er wie die übrigen Religionen im kommunistischen Machtbereich im Existenzkampf mit dem Bolschewismus. Weder die zaristische oder habsburgerische Verfolgung noch die Unterdrückung durch die polnischen Könige vermochten ihn seinerzeit auszurotten. Er lebt noch heutet, im Widerstand gegen die ungeheuerlichen Machtmittel eines Totalitarismus, der nicht nur alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, sondern auch die persönlichen Gebiete seiner Untertanen kontrolliert und die gesamte Erziehung in den Händen hat.

Der stärkste osteuropäische Protestantismus findet sich in Ungarn, wenn schon rein zahlenmässig den in verschiedenen grösseren oder kleineren Kirchengemeinschaften aufgeteilten Protestanten der UdSSR Priorität zukommt.

UdSSR: Westliche Illusionen

Da es seit 1918 staatsrechtlich verboten ist, in offiziellen Dokumenten irgendwelche Angaben bezüglich Religionszugehörigkeit anzuführen, sind auch nur annähernd genaue Angaben über die quantitative Stärke des sowjetischen Protestantismus unmöglich. Vor einigen Jahren hatte Alfred Posselt, ein guter Kenner des osteuropäischen Protestantismus, für die UdSSR die geschätzte Zahl von zirka 12 Millionen angeführt (Osteuropa, Nr. 1, 1956). Die einzelnen Posten lassen aber diese Summe als stark übersetzt erkennen. So werden die deutschen Protestanten im Unionsgebiet auf 1,6 Millionen geschätzt. Aber selbst die Gesamtzahl der Deutschen in der UdSSR beträgt laut letzter Volkszählung nicht mehr als 1 619 000 Personen, von denen erst noch 25 Prozent bereits nur Russisch sprechen (vergl. Handbuch des Sekretärs der Grundorganisation der Partei, Moskau 1960). Die Protestantenzahlen werden für Estland mit 1,0 Millionen, für Lettland mit 1,1 Millionen, für Finnland mit 200 000 usw. angeführt. Hingegen gibt es in der ganzen UdSSR nur 969 000 Esten, 1,4 Millionen Letten, 93 000 Finnen usw. Ein erheblicher Teil der Letten ist überdies katholisch. So dürfte man wohl kaum einen protestantischen Bevölkerungsanteil von mehr als vier Millionen annehmen.

Im Oktober 1944 schlossen sich die 45 anerkannten evangelischen Gemeinschaften zu einer allsowjetischen Organisation zusammen, dem «Rat der Evangelischen Kirche der UdSSR». Nimmt man auch die Zahl seiner (über 18 Jahre alten) Mitglieder mit vier Millionen an, so dürfte sie immer noch über dem Anteil der Katholiken liegen.

Ausnutzung

Ausser den 45 anerkannten Kirchen gibt es noch einige Sekten, welche staatsrechtlich nicht anerkannt sind, weil sie dem grundlegenden Prinzip des Vereinsrechts (in dem die Stellung der Kirchen definiert wird) «Dienst am Volk» (d. h. am Staat) nicht entsprechen. Diese werden offen verfolgt, die Priester eingekerkert, die Mitglieder zum Verlassen der gesetzeswidrigen Sekten «überzeugt». Die grössten «antisowjetischen» und «reaktionären» Sekten sind die Zeugen Jehovas und die «Fünfziger» (Mitglieder der Pfingstgemeinden).

Der sowjetische Protestantismus erlebte (entsprechend den übrigen Kirchen) in seiner geschichtlichen Entwicklung drei Etappen: 1917 bis 1927 die Politik der Schwächung, 1927 bis 1929 die Politik der Verfolgung und Vernichtung, darnach schliesslich die Politik der Ausnutzung. Um die staatliche Ausnutzung zu gewährleisten, wurden die protestantischen Glaubensgemeinschaften dem Rat für die Angelegenheiten der nichtorthodoxen Kirchen beim Ministerrat der UdSSR unterworfen. Rechtlich dient diese Behörde als «Kontaktstelle» zwischen Staat und Kirche, in Wirklichkeit handelt es sich natürlich um ein politisches Kontrollorgan. Die vom Gemeindevolk gewählten Presbyterien werden von diesem Rat ernannt, nach vorgängiger Ueberprüfung durch die politische Polizei. Der Pastor bedarf einer staatlichen Predigerlizenz, die ihm von den Lokalstellen des Rates jederzeit wieder entzogen werden kann.

Die offizielle Kirche hat also keine Wahl. Sie muss mit dem Staat zusammenarbeiten, als sein Sprachrohr für innen- und aussenpolitische Angelegenheiten auftreten. Der Vorsteher der lettischen Lutheraner, Bischof Gustav Tür, ist dem Vernehmen nach KP-Mitglied, und auch bezüglich des estnisch-lutherischen Bischofs Jan Kiewiet zirkulieren Gerüchte. Die protestantischen (lutherianischen) Kirchen der baltischen Republiken werden stärker verfolgt und unterdrückt als die grösste protestantische Kirche der UdSSR, jene der russischen Baptisten.

Die Baptisten haben in Moskau eine theologische Akademie und sind Mitglieder des Baptistischen Weltbundes.

Laut Erklärung des Rates für Angelegenheiten der nichtorthodoxen Kirchen gibt es in der UdSSR gegenwärtig 5400 kleinere protestantische Gotteshäuser, durchwegs Staatseigentum, das an die Kirchen verpachtet wird.

Abgang zu den Sekten

Da die Kirchen dem Staat und der Partei gegenüber Konzessionen machen müssen, um ihre Existenz zu retten, da ihre Theologen versuchen, die christlichen Lehren in Uebereinklang mit dem Kommunismus zu bringen, Christus als ersten Kommunisten darzustellen, verlassen die Gläubigen zunehmend die offiziellen Kirchen und treten den nicht anerkannten kleineren Gemeinschaften und Sekten bei. Die Partei reagiert auf diese Entwicklung mit einer parallel zunehmenden Schärfe. Diesen Herbst haben sich die Deportationen von Sektenmitgliedern gehäuft, verhängt durch die seit diesem Jahr mit grösseren Kompetenzen ausgestatteten «Dorfversammlungen».

(Interessant ist die bisher gültige Stellungnahme der ökumenischen Bewegung gegenüber. Noch in der letzten Ausgabe der Grossen Sowjetenzyklopädie — 1956 — steht: «... Die ökumenische Bewegung wird vom amerikanischen Monopolartikel energisch unterstützt und subventioniert — namentlich von Rockefeller. Sie hat eine gesamthaft antidemokratische Tendenz.» Nachdem die Russisch-Orthodoxe Kirche in den Weltkirchenrat aufgenommen worden ist, kann eine dialektische Korrektur erwartet werden.)

In Ungarn: Infiltrierung

Nach dem letzten Weltkrieg betrug der protestantische Bevölkerungsanteil in Ungarn 28 Prozent, 2,6 Millionen Gläubige (1 980 000 Reformierte, 570 000 Lutheraner, 50 000 Angehörige der Freikirchen). Heute sind die Zahlen schwer abzuschätzen, und zwar aus drei Gründen: 1. die ständige Bevölkerungsfluktuation, 2. die Weglassung der Kirchenzugehörigkeit in amtlichen Dokumenten (seit 1945) und 3. die Furcht, sich zu einer Kirche zu bekennen. Eine gewisse Zunahme hat anderseits die Vertreibung der (grösstenteils protestantischen) ungarischen Bevölkerung aus der CSSR nach Kriegsende bewirkt.

Die ungarische reformierte Kirche hatte vor der Verstaatlichung des Schulwesens (Juni 1948) 1117 Volksschulen, 39 Mittelschulen («Kollegien» — sie besassen einen ausgezeichneten Ruf), vier theologische Fakultäten und eine Rechtsfakultät. Ein Vertrag mit dem Staat sicherte ihr dann im Herbst 1948 das Recht auf Weiterführung ihrer theologischen Fakultäten und von ebensoviel Mittelschulen zu. Aber drei der Mittelschulen wurden ihr bald wieder weggenommen, und von den Fakultäten wurden ebenfalls sehr rasch zwei aufgehoben. Die auffällige Verfolgungsperiode brachten die nächsten zwei Jahre bis 1950. Aus der Hierarchie wurden die bisherigen Amtsinhaber herausgedrückt und durch Parteileute ersetzt. Dem Debrecener Bischof Imre Revesz wurde die Abdankung unter Hinweis auf die sonst erfolgende Hinrichtung seines Bruders nahegelegt (der unter falschem Namen lebend festgenommen worden war). Sein Nachfolger wurde Janos Peter (Curriculum KB, Nr. 38), der jetzige Aussenminister.

Nachdem die Kirche so für den staatlichen Dienst tauglich gemacht worden war, wurde im Nationalen Friedensrat das reformierte Komitee zur Friedenspropaganda errichtet. Seitdem spielt die Kirche in der Friedens- und Volksfrontpolitik eine erhebliche Rolle.

Die Autonomie der Kirche und ihre innere Demokratie wurden aufgehoben. Das Gesetz Nr. 1/1951 errichete das Amt für kirchliche Angelegenheiten beim Ministerrat, wo eine Abteilung zur Kontrolle der reformierten Kirche organisiert wurde. Staatliche Bestätigung für alle kirchlichen Wahlen wurde 1957 eingeführt.

Die innere Demokratie wurde schon 1948 zugrunde gerichtet: Seit Annahme des Vertrages mit dem Staat wurde die Synode (legislatives Organ) nicht mehr einberufen, und alle Macht wird im Konvent (dem Exekutivorgan) konzentriert. (Genau das, was die kommunistische Rechtswissenschaft als Kennzeichen des Faschismus angibt.)

In den Volksdemokratien

In Polen (einem Land von katholischer Tradition) werden elf protestantische Glaubensgemeinschaften staatlich anerkannt. Die grösste ist die Evangelische Kirche der Augsburger Denomination mit 110 000 Mitgliedern. Die Methodistische Kirche zählt 12 000 Anhänger, die übrigen Gemeinschaften alle weniger. Vorboten und vom Staat

verfolgt sind einige Sekten (Zeugen Jehovas u. a.). Die rechtliche Lage entspricht der in Ungarn dargestellten.

Träger des Protestantismus in Rumänien sind praktisch nur die ungarischen und deutschen Minoritäten. Die Kirchen zählen zusammen etwa 1,5 Millionen Gläubige. 1950 verpflichteten sich die evangelischen Kirchen, alle «staatsfeindlichen Geistlichen» der Staatsgewalt auszuliefern. Die wichtigsten protestantischen Kirchen der CSSR sind: die Tschechisch-Reformierte Brüderkirche mit 400 000 Gläubigen (Kirchenpräsident ist Dr. Hromdka, Vizepräsident der amerikanisch geführten Presbyterian World Alliance, dem für seinen Friedenskampf der Leninpreis verliehen wurde), die Tschechisch-Lutherische Kirche mit 20 000, die Baptistische Kirche mit 100 000 Mitgliedern. Die Slowakische Lutherische Kirche hat 480 000, die Ungarische Reformierte Kirche 170 000 und die Polnische Reformierte Kirche 30 000 Anhänger.

In Bulgarien ist der Protestantismus mit rund 20 000, in Jugoslawien mit zirka 300 000 Gläubigen vertreten.

Einen Sonderfall stellt vorerst noch die SBZ dar, deren Protestanten der gesamtdeutschen Evangelischen Kirche angehören. die Indizien, dass Ulbricht eine Trennung von der westdeutschen Kirche herbeiführen will, vermehren sich allerdings. Darnach wird die volksdemokratische Kontrolle über die Kirche auch dort lückenlos funktionieren.

Bildung

UdSSR

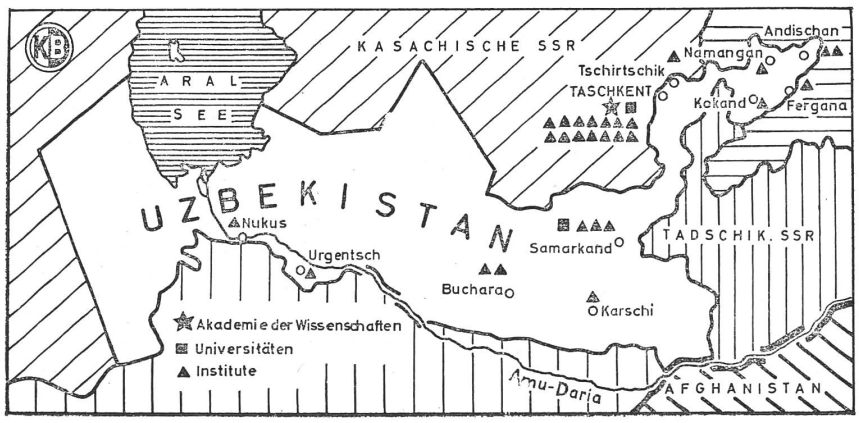
Usbekische Agrarwissenschaft

Wie in der Sowjetunion im allgemeinen und in den neuen oder neu verwerteten Anbaugebieten im besonderen, wird auch in Usbekistan das Axiom hochgehalten, wonach Wissenschaft und Produktion nicht nur im übertragenen sondern auch im räumlichen Sinn eng zusammenarbeiten müssen. Die Partei behält sich von Moskau aus die generelle Kontrolle über beide Gebiete vor, aber in graphischer Beziehung sind die wissenschaftlichen Institutionen tatsächlich dezentralisiert worden (wobei die zentrale Kontrolle über die administrative Stufenleiter gewährleistet wird).

Unsere Karte, nach einer Darstellung der in Wtornik erscheinenden «Utschitjelskaja Gasjeta» zeigt die gegenwärtige Verteilung der wichtigsten Bildungsanstalten in Usbekistan. Die agrarwissenschaftlichen Institutionen überwiegen. Sie alle erhalten regelmässig ihren Anteil von den Kritiken Moskaus über die ungenügende Ausnützung des landwirtschaftlichen Potentials. Eine Folge davon ist die häufige Umorganisierung dieser Zentren, verbunden freilich mit einem unbestreitbaren quantitativen Fortschritt:

1920 wurde in Taschkent die erste staatliche Universität gegründet. Diese erste mittelasiatische staatliche Universität, welche jetzt Lenin-Universität heisst, wurde zum Ursprungszentrum für die nachher entstandenen polytechnischen, medizinischen, landwirtschaftlichen, pädagogischen Institute. Es wurden später weitere Universitäten in den Provinzstädten errichtet: für Medizin in Andischan, für Pädagogik in Fergana, Buchara, Karschi und Nemangan, andere Universitäten in Kokand, Andischan, Nukus und Urgentsch. Im ganzen gibt es in Usbekistan 30 Universitäten. In Samarkand befinden sich Landwirtschafts-, Handels- und Medizin-Institute.

Usbekistan hat jetzt seine eigene Akademie der Wissenschaften mit zahlreichen Instituten. Es gibt hier ein Institut für Atom-Physik, ein wissenschaftliches Forschungszentrum für Baumwollzucht, für Karakul-Schaf-Zucht (Persianer-Felle), für die Seidenraupen-Zucht. Nebst den Hochschulen wird im Usbekistan auch dem Ausbau der allgemeinbildenden Mittelschulen und den Internatsschulen Aufmerksamkeit geschenkt, wenn auch über die ungenügenden (namentlich baulichen) Grundlagen des allgemeinen Schulausbaus häufige Klagen zu hören sind.



Partei

Bulgarien

Exit Tscherwenkoff

Das Zentralkomitee der bulgarischen KP hat bei seiner letzten Plenarversammlung erwartungsgemäss die Konsequenz aus dem sowjetischen Parteitag gezogen und die völlige Entstalinisierung durchgeführt. Ebenso erwartungsgemäss wurde Wulko Tscherwenkoff (siehe Curriculum, KB Nr. 34) das Hauptopfer der Säuberung. Der «kleine Stalin Bulgariens», ehemaliger Partei- und Regierungschef, und bis anhin noch stellvertretender Ministerpräsident, wurde aus dem Politbüro (KP-Präsidium) ausgeschlossen und in aller Schärfe wegen seiner schädlichen Methoden gegeisselt. Dabei war Tscherwenkoff noch im Sommer dieses Jahres ausgezeichnet und mit hohem partei-offiziellem Lob bedacht worden.

Aber Chruschtschew konnte dem bulgarischen Parteisekretär Schiwkoff diese Peinlichkeit nicht ersparen, denn Tscherwenkoff war ganz abgesehen von Fragen des Persönlichkeitskultes ein zu guter Freund Pekings und Tiranas gewesen, um weiterhin im «monolithischen sozialistischen Lager» tragbar zu sein.

So heisst es im Bericht über das Plenum in Sofia:

«Die Mitglieder und Kandidaten des ZKs der KPB unterzogen dabei die Fehler und schädlichen Methoden Vulko Tscherwenkoffs während der Herrschaft des Persönlichkeitskults sowie sein Verhalten nach dem Aprilplenum des ZKs der KPB einer ausführlichen und prinzipiellen Kritik und stellten fest, dass Tscherwenkoff nicht die entsprechenden Konsequenzen daraus gezogen und als Mitglied des Politbüros nicht zur vollen Liqiuidierung der Folgen des Persönlichkeitskultes beigetragen habe. Das Plenum beschloss, W. Tscherwenkoff aus dem Politbüro auszuschliessen.»

Am 14. August 1961 war Tscherwenkoff mit einer hohen Parteiauszeichnung «Für Verdienste im Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus und für den Aufbau des Sozialismus» bedacht worden. So hatte Schiwkoff damals in seiner Festrede gesprochen:

«In Genossen Vulko Tscherwenkoff begrüssen wir einen der hervorragendsten Arbeiter der Partei, einen glühenden Internationalisten und Kämpfer für die Freundschaft mit der grossen Sowjetunion, für Frieden und Sozialismus ...»

Und so sprach Schiwkoff jetzt:

«Manche Genossen begehen den Fehler, die Verletzungen der Gesetzlichkeit und die falschen Arbeitsmethoden Wulko Tscherwenkoffs durch aussenpolitische Umstände oder durch den Einfluss des Stalinkults zu rechtfertigen. Diese Rechtfertigung ist völlig unrichtig und unmarxistisch, weil darin die subjektiven, negativen Seiten des Charakters Tscherwenkoffs nicht berücksichtigt werden ...»

«... Um die Autorität unserer Partei zu heben, ist es notwendig ... den Persönlichkeitskult, der um Wulko Tscherwenkoff herrschte völlig zu überwinden ... Tscherwenkoff wurde zu Unrecht in seiner Persönlichkeit überschätzt und über das Kollektiv und das Politbüro gestellt. Wir halten es für notwendig ..., dass der falsche Heiligenschein, der mancherorts Tscherwenkoff noch immer umgibt, verschwinden muss ..., damit das Volk Tscherwenkoffs wahres Gesicht sieht ...»

Dass die sowjetischen Parteibeschlüsse im brüderlichen Ausland des sozialistischen Lagers diskussionslos genehmigt zuwerden haben, ist im Westen allgemein bekannt, wird im Osten aber nur selten ausdrücklich und eindeutig zugegeben. Dies war in Schikoffs Rede der Fall: «Es gibt auch Parteimitglieder, welche die Wahrheit über den 20. (1956, mit erster Entstalinisierung) und 22. Kongress nicht begreifen wollen *und versuchen, Diskussionen aufzunehmen.* Sie geraten mit den Gedanken, die sie sich in den Kopf gesetzt haben («dass die KPdSU irgendeinen Kampf gegen die alten Bolschewiken führe»), in